



Nr. 70 | 23.04.2024

## Belarus-Analysen

### Belarus und der Nahostkonflikt

■ <b>ANALYSE</b>	
Belarus und Nahostkonflikt	2
Alexander Friedman (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)	
■ <b>UMFRAGEN</b>	
Haltungen der Belarus*innen zum palästinensisch-israelischen Konflikt (Umfrage von Chatham House, November 2023)	7

## Belarus und Nahostkonflikt

Alexander Friedman (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

DOI: 10.31205/BA.070.01

### Zusammenfassung:

Seit dem Angriff der HAMAS auf Israel am 7. Oktober 2023 analysiert das Institute for National Security Studies (INSS) die Positionen jeweiliger Staaten im Hinblick auf die neue Eskalation im Nahen Osten. Der an der Universität Tel Aviv angesiedelte Thinktank wertet dabei vor allem offizielle Stellungnahmen aus und unterscheidet zwischen Staaten, die Israel bzw. die Palästinenser unterstützen, neutral sind oder das brisante Thema ignorieren. Die Haltung von Belarus wird als »neutral« eingeschätzt. Ist diese Einschätzung zutreffend? In diesem Artikel werden folgende Fragen beantwortet: Welche Nahost-Politik betreibt die Republik Belarus? Wie geht Israel mit dem Lukaschenka-Regime um? Ist der israelbezogene Antisemitismus, der sich weltweit rasant verbreitet, auch in Belarus verankert? Wie wird die aktuelle Situation in Israel in Belarus dargestellt und wahrgenommen?

### Belarus zwischen Israel und Palästina

Im Nahostkonflikt vertritt die Republik Belarus seit dem Zerfall der UdSSR eine ausgewogene Position. Minsk befürwortet die Zweitstaatenlösung und fordert die Einstellung der Gewalt sowie die Umsetzung der einschlägigen UNO-Resolutionen. Das belarussische Stimmverhalten in der UNO-Generalversammlung ist grundsätzlich Israel-kritisch, wobei die belarussische Delegation in Absprache mit dem Kreml agiert.

Als UNO-Mitglied hat die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik der UdSSR (BSSR) die Gründung des Staates Israel 1948 unterstützt. 1992 haben Belarus und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Mit dem »Staat Palästina« – am 15. November 1988 durch den Palästinensischen Nationalrat ausgerufen und umgehend von der BSSR anerkannt – unterhält die Republik Belarus ebenfalls diplomatische Beziehungen: 2004 wurde die Botschaft dieses »Staates« in Minsk eröffnet.

Im Gegensatz zur Russischen Föderation, die spätestens seit 2006 ein enges Verhältnis zur politischen Führung der Terrororganisation HAMAS pflegt und diese politisch wie propagandistisch unterstützt, ist über die Verbindungen des Lukaschenka-Regimes mit radikalen palästinensischen Organisationen nichts bekannt.

Die HAMAS tauchte im belarussischen Kontext jedoch im Mai 2021 auf: Eine vermeintliche Anschlagdrohung durch die palästinensische Terrorgruppierung wurde als Vorwand genutzt, um die Landung der Ryanair-Maschine mit dem regimekritischen Blogger Raman Pratasewitsch auf dem Weg von Athen nach Vilnius in Minsk zu erzwingen. Die »HAMAS-Drohung« erwies sich als eine Fälschung, wobei die Palästinenser den Missbrauch des »HAMAS-Kampfes« durch die belarussische Führung ausdrücklich verurteilten.

### Israel und seine Belarus-Politik

In der belarussischen Außenpolitik spielt Israel eine untergeordnete Rolle. Minsk legt zwar Wert auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zum jüdischen Staat. Man setzt jedoch vielmehr auf die Vertiefung der Partnerschaft mit dem Iran und mit arabischen Staaten. Alexander Lukaschenka reiste lediglich einmal nach Israel – im Jahr 2000 im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zweitausendsten Jubiläums des Christentums. Elf Jahre später kam der damalige belarussische Regierungschef Michail Mjasnikowitsch in den jüdischen Staat.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Minsk und Jerusalem 1992 unternahm die frühere, aus Belarus stammenden israelischen Ministerpräsidenten Schimon Peres und Jitzchak Schamir Privatreisen in ihr Geburtsland. Ihre Nachfolger\*innen zeigten hingegen kaum Interesse für Belarus. Kein einziger Minister- bzw. Staatspräsident hat diesen Staat in den letzten drei Jahrzehnten besucht. In den 2000er und 2010er Jahren wurde in Israel sogar immer wieder über die Schließung der Botschaft in Minsk aus wirtschaftlichen Gründen diskutiert.

Diese Tatsache lässt sich auf die in Israel vor 2020 verbreitete Vorstellung über die in politischer Hinsicht von Russland abhängige und wirtschaftlich eher unbedeutende Republik Belarus zurückführen. Die innenpolitische Entwicklung dieses Staates nach der Etablierung der Lukaschenka-Diktatur wurde von Jerusalem wenig beachtet. Als Schwerpunkte der israelischen Belarus-Politik galten und gelten die Unterstützung der stetig kleiner werdenden jüdischen Bevölkerung in Belarus, die Bewahrung des jüdischen Kulturerbes in diesem Land, die Auswanderung jüdischer Menschen nach Israel und die Sicherheit von in Belarus ansässigen israelischen Bürger\*innen. In diesem Kontext soll auch das Abkommen über die Visumsfreiheit zwischen Israel und Belarus von 2015 betrachtet werden.

Die von zahlreichen aus Belarus stammenden Israelis unterstützten und in Israel ausführlich thematisierten Proteste nach der gefälschten Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 gepaart mit der Tatsache, dass einige israelische Staatsbürger Gewalt belarussischer Spezialkräfte am eigenen Leibe in Belarus erlebt hatten, machte die israelische Öffentlichkeit auf Belarus aufmerksam. Die Geschichte des israelischen Data-Spezialisten Alexander Fruman, der am 10. August 2020 festgenommen, misshandelt und dazu noch antisemitisch angegangen wurde, ist international bekannt geworden.

Der Fall Fruman stellt jedoch keine Ausnahme dar. Das israelische Diaspora-Ministerium schildert seit 2020 judenfeindliche Narrative in der belarussischen Staatspropaganda in seinen Jahresberichten über die Entwicklung des Antisemitismus weltweit. Es handelt sich insbesondere um antisemitisch gefärbte Angriffe auf Regimekritiker\*innen jüdischer Herkunft, um diverse judenfeindliche Verschwörungstheorien und vor allem um die politische Instrumentalisierung des Holocaust im Kampf gegen die demokratische Protestbewegung. Diese Instrumentalisierung erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Rahmen des Ende 2020 bzw. Anfang 2021 entwickelten Konzepts des »Genozids am belarussischen Volk« im Zweiten Weltkrieg, der einzigen heutzutage erlaubten Interpretation der NS-Gewaltverbrechen in Belarus. Jüdische Holocaustopfer galten fortan als Opfer des »Genozids am belarussischen Volk«, wobei ihre Herkunft in berüchtigter sowjetischer Manier meistens verschwiegen wurde.

In Israel wurden die dramatischen Entwicklungen in Belarus registriert. Während die von Benjamin Netanyahu geführte Regierung von einer offenen Kritik der belarussischen Diktatur abgesehen und – im Gegensatz zu den USA und zu seinen europäischen Partnern – keine Sanktionen gegen Minsk verhängt hatte, zeigte das zwischen Juni 2021 und Juli 2022 amtierende Kabinett Naftali Bennet offen ihren Unmut. Nachdem Lukaschenka am 3. Juli 2021 vom »belarussischen Holocaust« und von »den Juden«, die »ihren Holocaust« bewiesen hätten und von denen die ganze Welt nun beuge, gesprochen und somit die antisemitische These über den Missbrauch von Holocaust durch »die Juden« wiederholt hatte, ließ eine scharfe israelische Reaktion nicht auf sich warten. Eine weitere offene Verschärfung des Konflikts blieb jedoch aus. So erklärte der israelische Außenminister Jair Lapid auf Anfrage belarussischer Aktivisten und Aktivistinnen aus dem Verein RAZAM Mitte Juli 2021, dass Israel die Politik der belarussischen Machthaber keinesfalls unterstütze. Es gebe jedoch für den jüdischen Staat wichtige Gründe, auf öffentliche Stellungnahmen zu verzichten. Gemeint war die Situation der jüdischen Bevölkerung in Belarus und israelischer Bürger\*innen, die dieses Land besuchen oder dort leben.

Eine Rolle durfte auch eine insgesamt zurückhaltende Position des Lukaschenka-Regimes im Nahostkonflikt gespielt haben.

Während der Westen die demokratische Bewegung mit Swjatlana Zichanouskaja an der Spitze unterstützt und das Lukaschenka-Regime nach 2020 weitestgehend ignoriert, knüpfte Israel vorsichtig Kontakte mit der Opposition, ohne jedoch den Dialog mit der offiziellen Führung abreißen zu lassen. Man versuchte die demokratischen Kräfte für »jüdische Themen« und israelische Befindlichkeiten zu sensibilisieren. Ein offizieller Besuch von Zichanouskaja in Israel wird momentan von israelischer Seite nicht ausgeschlossen. Die israelische Botschaft verwendete immer häufiger die belarussische Sprache und widersetzte sich dadurch den in Belarus seit 2020 verstärkenden Russifizierungstendenzen. Als der in israelischen Antisemitismus-Berichten erwähnte Top-Propagandist Wadzim Hihin von Lukaschenka im Juni 2023 zum Direktor der Nationalbibliothek ernannt wurde, kam aus Jerusalem offizieller Protest.

Obschon Israel die westliche Belarus-Politik weiterhin nicht übernimmt, wird der außenpolitischen Isolierung des Landes und dem Paria-Status seiner Führung Rechnung getragen. So übernahm der Diplomat Tsevy Mirkin 2022 die Leitung der israelischen Botschaft in Belarus nicht als Botschafter, sondern als Geschäftsträger. Dadurch wurde die formale Anerkennung Lukaschenkas als Staatsschef durch die Überreichung der Beglaubigungsschreiben vermieden. Nach der erwähnten Ryanair-Affäre meiden die westlichen Fluggesellschaften den belarussischen Luftraum, während die belarussische Fluggesellschaft Belavia nicht mehr in die EU einfliegen darf. Israel hat sich dieser Maßnahme zunächst nicht angeschlossen, jedoch wurde die direkte Flugverbindung zwischen den beiden Staaten 2022 eingestellt.

Israel distanziert sich nach Möglichkeit zwar von dem Regime in Minsk, ist jedoch zu direkten Gesprächen mit Lukaschenka und mit weiteren Spitzenfunktionären bereit: Die in Belarus wegen Drogenschmuggels beschuldigte israelische Rechtsanwältin Maya Rayten-Stol wurde nach einem Telefonat des israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog mit dem belarussischen Staatsschef Ende Dezember 2021 freigelassen. Angesichts der israelischen Kritik wurde das Konzept des »Genozids am belarussischen Volk« etwas modifiziert: Holocaustopfer werden inzwischen immer häufiger als »jüdische Opfer« und nicht als »belarussische Opfer« dargestellt.

### **Ist Lukaschenka ein Antisemit?**

Seine Zeit als belarussischer Kultusminister (2009 bis 2012) Revue passierend, betonte der Oppositionspolitiker Pavel Latuschka, dass Alexander Lukaschenka ein glühender Antisemit sei. Obwohl der Autokrat bisher

nicht als überzeugter Judenhasser aufgefallen ist, zeigen jedoch seine mehrdeutigen Äußerungen und fragwürdigen Witze, dass tradierte antisemitische Vorurteile und Stereotype aus der Sowjetzeit ihm zumindest nicht fremd sind. Nicht so häufig wie Wladimir Putin, jedoch genüsslich macht der belarussische Herrscher diverse Anspielungen auf die »jüdische« (»nicht ukrainische«, »nicht slawische«) Herkunft des ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj. Das Gleiche trifft auf Lukaschenkas Spitzenfunktionäre und vor allem für seinen Propagandaapparat zu.

Als einstiger sowjetischer Propagandist und zudem Verschwörungstheoretiker, der mit sowjetischen radikalen »antizionistischen« Narrativen vertraut sein sollte, spricht Lukaschenka im Falle des Staates Israel meistentenfalls von »den Juden« und bestätigt dadurch seine Vorstellung über das »Weltjudentum«. Der Staatschef nimmt jüdische Menschen in Belarus als »intelligente Fremde« wahr, mit denen man besonders vorsichtig umgehen sollte, ebenso als Israels verlängerter Arm.

Der staatliche Umgang mit dem jüdischen Leben in Belarus ist indifferent und desinteressiert: Seine Entwicklung wird weder unterstützt noch behindert. Die Reaktion auf die jüdische Auswanderung aus der einstigen Hochburg jüdischen Lebens in Osteuropa Belarus ist gelassen. Der jüdische Exodus aus Belarus hatte schon in der Sowjetzeit begonnen und setzte sich in den 1990er Jahren fort. Jüdische Menschen verlassen das Land aus wirtschaftlichen, politischen, religiösen und kulturellen Gründen. Die Niederschlagung der Proteste und der russische Krieg gegen die Ukraine verstärkten die Auswanderung: So kamen zwischen 2020 und 2023 mehr als 5.500 Personen nach Israel. Israelische Experten rechnen mit insgesamt 25.000 bis 35.000 Personen, die nach dem israelischen Rückkehrgesetz nach Israel auswandern dürfen.

### **Nach dem 7. Oktober 2023: Zurückhaltung für Israel und Sympathien für Palästinenser**

Die von der belarussischen Staatspropaganda verbreiteten Darstellungen der Ereignisse im Ausland orientieren sich in der Regel an den Einschätzungen des Kremls. Seit 2020 werden Narrative aus dem »Bruderstaat« eins zu eins übernommen oder gegebenenfalls an belarussische Besonderheiten angepasst. So ist das in Russland konstruierte Bild des »blutrünstigen jüdischen Staates«, der palästinensische Zivilisten und Zivilistinnen schonungslos tötete, den Gaza-Streifen – im Gegensatz zur angeblich in der Ukraine human und zurückhaltend agierenden russischen Armee – absichtlich zerstört, auch in Belarus verbreitet.

Lukaschenka, der das heikle Thema nur selten aufgreift, macht – ähnlich wie Putin – die USA für die Zuspitzung der Situation im Nahen Osten verantwort-

lich und warnt vor dem Ausbruch des Dritten Weltkrieges. Anteilnahme mit israelischen Opfern, unter denen übrigens auch aus Belarus stammende Menschen waren, erwartet man von ihm vergeblich. Seinem Beispiel folgend ignorieren auch belarussische Spitzenfunktionäre den Nahostkonflikt. Die Propaganda verbreitet russische Narrative, allerdings in abgeschwächter Form – mit einer kaum verhüllten Sympathie für die Palästinenser, jedoch ohne krude direkte Anschuldigungen gegen Israel. Solidaritätskundgebungen (sei es mit Israel, sei es mit den Palästinensern) sind nicht vorgesehen.

Die Evakuierung belarussischer Staatsbürger\*innen aus Israel fand mit einer erheblichen Verspätung (Anfang November) statt und wurde in der offiziellen Presse lediglich am Rande thematisiert. Hingegen wurde der Evakuierungsflug mit Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen Mitte November propagandistisch ausgeschlachtet und als Beispiel der Humanität und als Riesenerfolg Lukaschenkas dargestellt. Die von der Presse befragten Flüchtlinge durften zwar über ihre Erlebnisse berichten, jedoch ohne direkte Vorwürfe gegen Israel. Ein Treffen der aus Gaza Evakuierten mit ihrem »Retter« Lukaschenka kam allerdings nicht zustande: Obschon das Regime weiterhin Sympathien in der muslimischen Welt gewinnen möchte, will es auch sein Verhältnis zu Israel nicht überstrapazieren. Im Gegensatz zu Lukaschenka steht seine Widersacherin Zichanouskaja fest an Israels Seite. Ihre pro-israelische Haltung macht einen späteren Israel-Besuch durchaus wahrscheinlich.

### **Wie wird der Nahostkonflikt in Belarus wahrgenommen?**

Die Analyse der öffentlichen Meinung in der belarussischen Diktatur stellt eine Herausforderung dar. Die einzige Umfrage zum Thema Nahostkonflikt wurde vom britischen Thinktank Chatham House im November 2023 unter Stadtbewohnern und Stadtbewohnerinnen online durchgeführt.

Die Umfrage zeigt, dass sich mehr als 60 % der Befragten im aktuellen Krieg nicht positionieren wollen. Allerdings sympathisieren 23 % mit Israel und noch weitere 17 % mit den Palästinensern. Die Unterstützung Israels ist dabei vor allem für das Publikum der unabhängigen Medien (65 %) charakteristisch. Das Publikum der Staatsmedien sympathisiert entweder mit keiner der Kriegsparteien (41 %) oder unterstützt die Palästinenser (27 %).

Der Vergleich der erwähnten Umfrage mit der repräsentativen russischen Umfrage des Levada-Zentrums aus dem Oktober 2023 (Face-to-Face-Befragung der Stadt- und Landbevölkerung) bestätigt, dass pro-israelische Einstellungen in Belarus deutlich stärker verbreitet sind (in Russland ist das Verhältnis bei 21 % zu 6 % zugunsten der Palästinenser). Auch bei der Frage nach

der Verantwortung für die aktuelle Zuspitzung lassen sich Unterschiede beobachten: Die beliebteste Antwort in beiden Ländern ist die USA/NATO (45 % in Russland, 33 % in Belarus). Während aber in Russland Israel auf dem zweiten Platz (12 %) und die Palästinenser auf dem dritten Platz (8 %) stehen, sieht die Reihenfolge in Belarus anders aus: 17 % für die Palästinenser und 8 % für Israel.

#### Über den Autor

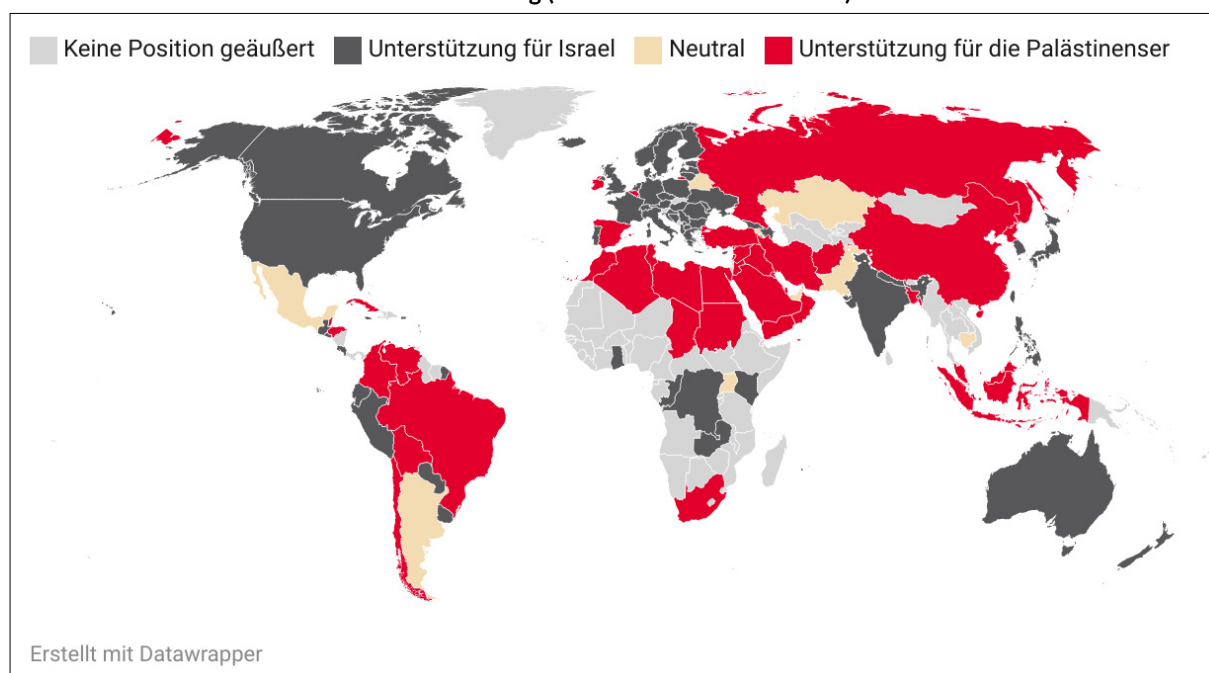
Dr. *Alexander Friedman* ist Historiker und Publizist. Er lehrt Zeitgeschichte und Osteuropäische Geschichte an der Universität des Saarlandes und an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu seinen Schwerpunkten zählen in erster Linie Geschichte Osteuropas, Geschichte Israels und der Themenkomplex Antisemitismus.

Die Einschätzung des Krieges in Israel spiegelt somit die Spaltung der belarussischen Gesellschaft wider.

Während die prowestliche Opposition Israel unterstützt, bemüht sich die offizielle Seite um Zurückhaltung. Minsk betont zwar seine Neutralität. Er sympathisiert jedoch eher mit den Palästinensern und übernimmt russische Narrative. Das Lukaschenka-Regime agiert aber vorsichtig, um keinen Konflikt mit Israel zu provozieren.

## Internationale Positionen zum Krieg

Grafik 1: Internationale Positionen zum Krieg (Stand: 21. November 2023)



Land	Positionierung
Afghanistan	Unterstützung für die Palästinenser
Ägypten	Unterstützung für die Palästinenser
Albanien	Unterstützung für Israel
Algerien	Unterstützung für die Palästinenser
Andorra	Keine Position geäußert
Angola	Keine Position geäußert
Anguilla	Keine Position geäußert
Antigua und Barbuda	Keine Position geäußert
Äquatorialguinea	Keine Position geäußert
Argentinien	Neutral
Armenien	Neutral

Land	Positionierung
Arunachal Pradesh (umstrittenes Gebiet)	Keine Position geäußert
Aserbaidschan	Unterstützung für Israel
Äthiopien	Keine Position geäußert
Australien	Unterstützung für Israel
Bahamas	Keine Position geäußert
Bahrain	Unterstützung für die Palästinenser
Bangladesch	Unterstützung für die Palästinenser
Barbados	Keine Position geäußert
Belarus	Neutral
Belgien	Unterstützung für die Palästinenser

Land	Positionierung
Belize	Unterstützung für die Palästinenser
Benin	Keine Position geäußert
Bhutan	Keine Position geäußert
Bolivien	Unterstützung für die Palästinenser
Bosnien und Herzegowina	Unterstützung für Israel
Botswana	Keine Position geäußert
Brasilien	Unterstützung für die Palästinenser
Britische Jungferninseln	Keine Position geäußert
Brunei Darussalam	Keine Position geäußert
Bulgarien	Unterstützung für Israel

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Grafik 1: Internationale Positionen zum Krieg (Stand: 21. November 2023) (Fortsetzung)**

Keine Position geäußert
  Unterstützung für Israel
  Neutral
  Unterstützung für die Palästinenser

Land	Positionierung	Land	Positionierung	Land	Positionierung
Burkina Faso		Japan		Neuseeland	
Burundi		Jemen		Nicaragua	
Chile		Jordanien		Niederlande	
China		Kambodscha		Niger	
Cookinseln (Neuseeland)		Kamerun		Nigeria	
Costa Rica		Kanada		Niue (Neuseeland)	
Côte d'Ivoire		Kap Verde		Nordkorea	
Dänemark		Kasachstan		Nordmazedonien	
Demokratische Republik Kongo		Katar		Norwegen	
Demokratische Volksrepublik Laos		Kenia		Oman	
Deutschland		Kirgistan		Österreich	
Dominica		Kiribati		Pakistan	
Dominikanische Republik		Kolumbien		Palau	
Dschibuti		Komoren		Panama	
Ecuador		Kongo		Papua Neu Guinea	
El Salvador		Kosovo		Paraguay	
Eritrea		Kroatien		Peru	
Estland		Kuba		Philippinen	
Eswatini		Kuwait		Polen	
Fidschi		Lesotho		Portugal	
Finnland		Lettland		Puerto Rico (USA)	
Frankreich		Libanon		Republik China (Taiwan)	
Gabun		Liberia		Ruanda	
Gambia		Libyen		Rumänien	
Georgien		Liechtenstein		Russische Föderation	
Ghana		Litauen		Salomonen	
Grenada		Luxemburg		Sambia	
Griechenland		Macau		Samoa	
Grönland		Madagaskar		San Marino	
Großbritannien		Malawi		Sao Tome und Principe	
Guatemala		Malaysia		Saudi-Arabien	
Guinea		Malediven		Schweden	
Guinea-Bissau		Mali		Schweiz	
Guyana		Malta		Senegal	
Haiti		Marokko		Serbien	
Holy See		Marshallinseln		Seychellen	
Honduras		Mauretanien		Sierra Leone	
Hongkong		Mauritius		Singapur	
Indien		Mexiko		Slowakei	
Indonesien		Mikronesien		Slowenien	
Irak		Moldau		Somalien	
Iran		Monaco		Spanien	
Irland		Mongolei		Sri Lanka	
Island		Montenegro		St. Kitts und Nevis	
Israel		Montserrat		St. Lucia	
Italien		Mosambik		St. Vincent und die Grenadinen	
Jamaika		Myanmar		Staat Palestine	
		Namibia			
		Nauru			
		Nepal			

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Grafik 1: Internationale Positionen zum Krieg (Stand: 21. November 2023) (Fortsetzung)**

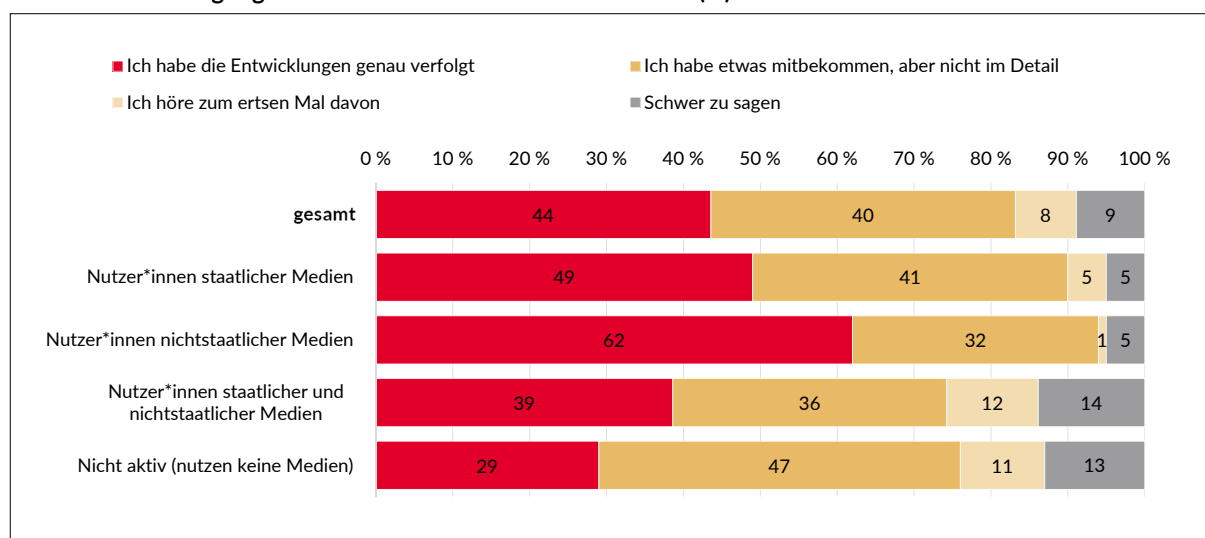
■ Keine Position geäußert ■ Unterstützung für Israel ■ Neutral ■ Unterstützung für die Palästinenser

Land	Positionierung	Land	Positionierung	Land	Positionierung
Südafrika	Unterstützung für die Palästinenser	Tonga	Keine Position geäußert	Ungarn	Unterstützung für Israel
Sudan	Unterstützung für die Palästinenser	Trinidad und Tobago	Keine Position geäußert	Uruguay	Unterstützung für Israel
Südkorea	Unterstützung für Israel	Tschad	Unterstützung für die Palästinenser	USA	Unterstützung für Israel
Südsudan	Keine Position geäußert	Tschechien	Unterstützung für Israel	Usbekistan	Keine Position geäußert
Surinam	Keine Position geäußert	Tunesien	Unterstützung für die Palästinenser	Vanuatu	Keine Position geäußert
Syrien	Unterstützung für die Palästinenser	Türkei	Unterstützung für die Palästinenser	Venezuela	Unterstützung für die Palästinenser
Tadschikistan	Keine Position geäußert	Turkmenistan	Keine Position geäußert	Vereinigte Arabische Emirate	Neutral
Tansania	Keine Position geäußert	Turks- und Caicosinseln	Keine Position geäußert	Vietnam	Keine Position geäußert
Thailand	Keine Position geäußert	Tuvalu	Keine Position geäußert	Zentralafrikanische Republik	Keine Position geäußert
Timor-Leste	Keine Position geäußert	Uganda	Neutral	Zimbabwe	Keine Position geäußert
Togo	Keine Position geäußert	Ukraine	Unterstützung für Israel	Zypern	Unterstützung für Israel
Tokelau	Keine Position geäußert				

Quelle: [https://www.inss.org.il/social\\_media/international-situation-report-countries-in-support-of-and-against-israel/](https://www.inss.org.il/social_media/international-situation-report-countries-in-support-of-and-against-israel/); Grafik mit Datawrapper erstellt.

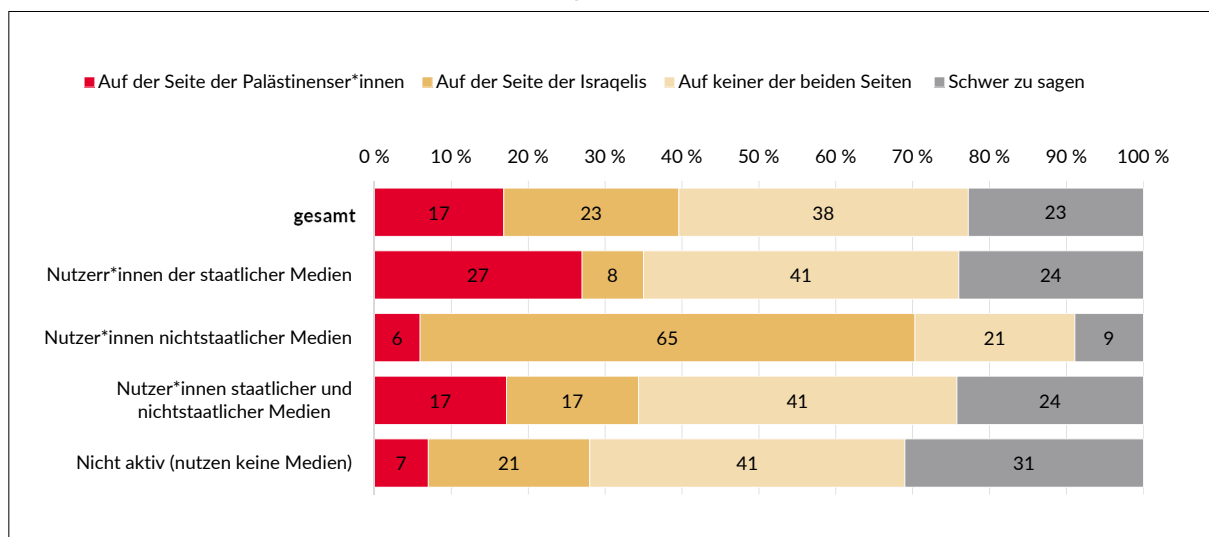
## UMFRAGEN

### Haltungen der Belarus\*innen zum palästinensisch-israelischen Konflikt (Umfrage von Chatham House, November 2023)

**Grafik 1: Sind Sie über den jüngsten militärischen Konflikt in Israel zwischen der palästinensischen Hamas-Bewegung und der israelischen Armee informiert? (%)**

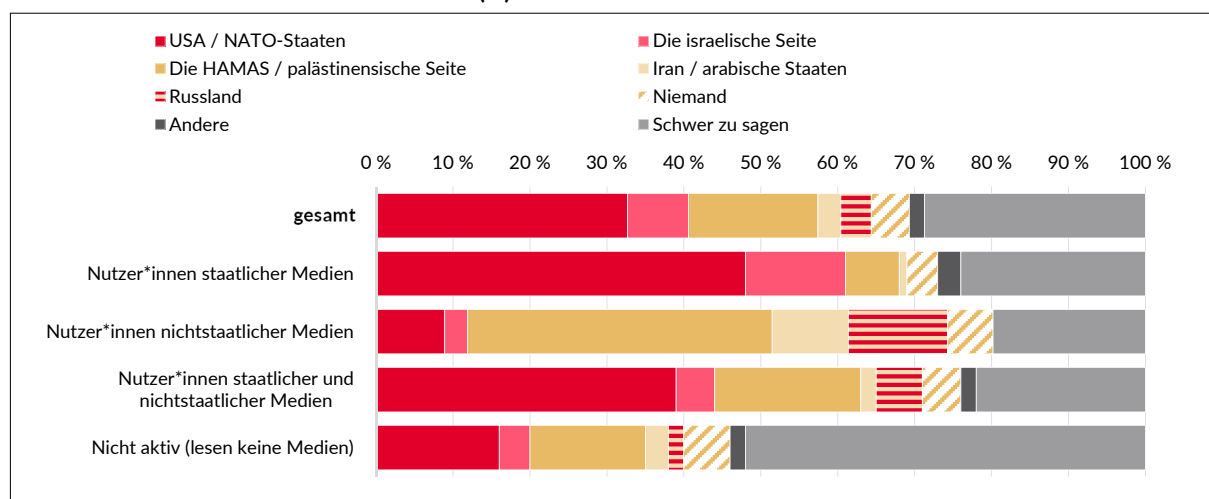
Quelle: *Belarusians' views on the war in Ukraine and foreign policy*, Chatham House, November 2023, S. 35, <https://drive.google.com/file/d/1lojZvBq6Ah4tjDkkLwLIRZx6xqeyCutW/view>.

**Grafik 2: Auf welcher Seite stehen Sie derzeit im palästinensisch-israelischen Konflikt? (%)**



Quelle: *Belarusians' views on the war in Ukraine and foreign policy*, Chatham House, November 2023, S. 36, <https://drive.google.com/file/d/1lojZvBq6Ah4tjDkkLwLIRZx6xqeyCuTW/view>.

**Grafik 3: Wer ist Ihrer Meinung nach in erster Linie für das anhaltende Blutvergießen und die Instabilität im Nahen Osten verantwortlich? (%)**



	gesamt	Nutzer*innen staatlicher Medien	Nutzer*innen nichtstaatlicher Medien	Nutzer*innen staatlicher und nichtstaatlicher Medien	Nicht aktiv (lesen keine Medien)
USA / NATO-Staaten	33	48	9	39	16
Die israelische Seite	8	13	3	5	4
Die HAMAS / palästinensische Seite	17	7	40	19	15
Iran / arabische Staaten	3	1	10	2	3
Russland	4	0	13	6	2
Niemand	5	4	6	5	6
Andere	2	3	0	2	2
Schwer zu sagen	29	24	20	22	52

Quelle: *Belarusians' views on the war in Ukraine and foreign policy*, Chatham House, November 2023, S. 37, <https://drive.google.com/file/d/1lojZvBq6Ah4tjDkkLwLIRZx6xqeyCuTW/view>.



**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Olga Dryndova (verantwortlich)  
Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University  
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 2192-1350 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>